

## **Gemeinderat vergibt Auftrag zur Sanierung des Vorplatzes des Feuerwehrgerätehauses an die Baufirma Gebrüder Bantle Bösinggen-Angebotspreis liegt bei 135.879 EUR**

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte mit, dass zwischenzeitlich die Submission für die Maßnahme stattgefunden hat. "Erfreulich war, dass an der beschränkten Ausschreibung von 9 angeschriebenen Firmen 7 Angebote eingegangen sind. Günstigste Anbieterin ist die Firma Gebrüder Bantle in Bösinggen mit einem Angebotspreis von 135.879 EUR", berichtete er. Zudem gab er einen Überblick über die Preisstaffelung der weiteren Anbieter. Er gab bekannt, dass im Haushaltsplan 2023 für die eigentliche Baumaßnahme 163.750 EUR enthalten sind. Inklusive der Nebenkosten beläuft sich der Haushaltsplanansatz auf 188.000 EUR, der trotz der Nebenkosten bei einer Vergabe an die Firma Bantle deutlich unterschritten werden kann. Der anwesende Diplom-Ingenieur Reinhard Seibold vom Ingenieurbüro Gfrörer erläuterte die Maßnahme, die im Wesentlichen die Asphaltierung des gesamten Vorplatzes, die Ausweisung von Stellplätzen mit Pflasterflächen, die Stellung eines Hydranten und der Einlegung eines Leerrohres besteht. Auf Anfrage von Bernd Degner bestätigte er, dass bei einem Verzicht auf die Pflasterung der Stellplatzflächen ca. 5000 EUR eingespart werden könnten. Sonja Rajsp-Lauer gab hingegen zu bedenken, dass die Pflasterflächen wasserdurchlässiger sind als die gesamte Asphaltierung.

Der Gemeinderat konnte schließlich die Maßnahme beschließen und beauftragte mit der Planung und Bauleitung das Ingenieurbüro Gfrörer. Die Vergabe erfolgte an die günstigste Bieterin, die Firma Bantle aus Bösinggen zum Angebotspreis von 135.879 EUR. Die Finanzierung erfolgt über die im Haushaltsplan 2023 eingestellten Mittel.

## **Gemeinderat stimmt Nachtragsangebot der Firma Stumpp für die Straßenbaumaßnahme Wiesenwegle, Eichbusch, Benatweg und Imbrand zu - zusätzliche Entsorgungskosten führen zu Mehrpreis von 54.403 EUR**

"Bereits bei der Baumaßnahme Kammermartinsdobel musste übriges Aushubmaterial nach der Untersuchung, aufgrund der Einstufung als Z 2 Material, teuer entsorgt werden. Auch bei der derzeit laufenden Baumaßnahme Wiesenwegle, Eichbusch, Benatweg und Imbrand hat sich nun ein erhöhter Wert ergeben, der allerdings lediglich bei Z 1.2 liegt", berichtete Hauptamtsleiter Andreas Kaupp. Er teilte mit, dass eine 1. Einschätzung der Kosten durch die Firma Stumpp bei einer Menge von 1750 m<sup>3</sup> einen sehr hohen Entsorgungspreis von 136.308 EUR ergeben hat. Bürgermeister Jürgen Leichtle habe dann veranlasst, dass Angebote eingeholt werden. In diesem Zusammenhang sei auch die zu entsorgende Menge nochmals überprüft worden. Diese liege endgültig bei lediglich noch 1.250 m<sup>3</sup>. "Letztlich liege das günstigste vom Ingenieurbüro Gfrörer geprüfte Angebot für die Entsorgung durch die Firma Stumpp, die bei der Entsorgung mit der Firma Kaltenbach, Dornstetten, zusammenarbeitet bei 74.403 EUR", teilte er mit. Er gab zu bedenken, dass im ursprünglichen Angebot bereits mit Entsorgungskosten in Höhe von 20.000 EUR gerechnet wurde, sodass letztlich faktisch Mehrkosten in Höhe von 54.403 EUR anfallen.

Als äußerst ärgerlich bezeichnete Bürgermeister Jürgen Leichtle die Angelegenheit. "Es ist eigentlich nicht nachvollziehbar, dass die Grenzwertüberschreitungen, die durch natürliche Vorgänge entstehen, zu solch hohen Mehrkosten führen" bedauerte er. Auch mehrere Mitglieder teilten die Verärgerung über die Mehrkosten. Georg Buchholz gab zu bedenken, dass das Z 1.2 Material im Endeffekt an anderer Stelle wiederverwendet werden kann, wenn es entsprechend abgedichtet wird. Trotzdem müsse die Gemeinde hohe Entsorgungskosten bezahlen. Stefan Weinmann sprach den weiteren Bauablauf an. Insbesondere bat er um Verbesserungen im jetzigen Baustellenbereich, falls die Baustelle noch länger nicht abgeschlossen werden kann. Auf Nachfrage gab Diplomingenieur Reinhard Seibold zu bedenken, dass nach der Fortführung der Maßnahme im unteren Bereich bei weitem nicht sicher ist, ob die Maßnahme vor Wintereinbruch abgeschlossen werden kann. Er rechne damit, dass dies erst im Frühjahr der Fall ist. Mehrere Gemeinderäte bemängelten den schleppenden Baufortschritt. "Ich habe den Eindruck, dass gerade relativ wenig passiert. Gegebenenfalls könnte doch an verschiedenen Stellen parallel gearbeitet werden", forderte Sonja Rajsp-Lauer. Stefan Weinmann wies zudem auf ein Schreiben der Telekom hin, nach dem diese angekündigt hat Häuser momentan noch nicht anzuschließen. Diplomingenieur Reinhard Seibold wurde beauftragt, dies mit den Vertretern der Telekom abzuklären, da sichergestellt werden muss, dass die Versorgungsleitungen mindestens aus der Straße im Idealfall jedoch bis in die Häuser verlegt werden.

Letztlich beschloss der Gemeinderat, dem Nachtragsangebot der Firma Stumpp für die Entsorgung des Aushubmaterials zum Preis von 74.403 EUR bei einer Menge von 1.250 m<sup>3</sup> zuzustimmen und die Firma entsprechend zu beauftragen. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen der Baumaßnahme, gegebenenfalls als überplanmäßige Ausgabe.

## **Melissa Otte stellt Integrationsmanagement in Lauterbach vor - zahlreiche Hilfen über das Integrationsmanagement abgedeckt**

Bereits vor längerer Zeit haben sich die Stadt Schramberg und die Gemeinden Aichhalden, Hardt und Lauterbach hinsichtlich des Integrationsmanagements für Flüchtlinge zusammengeschlossen. Die gesamten Kosten werden bis auf einen minimalen Anteil im Bereich des Flüchtlingsmanagements "Ukraine" über Bundes- bzw. Landeszuschüsse abgedeckt. Das Personal für alle Gemeinden wird von der Stadt Schramberg angestellt und ist dem "Juks" bei der Stadtverwaltung zugeordnet. Bürgermeister Jürgen Leichtle teilte mit, dass ein Informationsgespräch mit den Helferinnen und Helfern des „Netzwerkes Willkommen“ geführt worden ist mit der Anregung, die Integrationsmanagerin Melissa Otte einzuladen. "Von unserer Seite wurde dann entschieden, dass Frau Otte den Bericht gleich in der öffentlichen Gemeinderatssitzung abgeben kann und die Verantwortlichen des Netzwerkes ebenfalls eingeladen werden", berichtete er.

Melissa Otte berichtete anschließend ausführlich über ihre Arbeit mit den Flüchtlingen. Sie gab zu bedenken, dass mit 2,5 Stellen, angesiedelt bei der Stadt Schramberg für die Stadt selbst und die Gemeinden Aichhalden, Hardt und Lauterbach derzeit 174 Fälle betreut werden. Die Tendenz ist nach wie vor steigend. Derzeit gebe es in Lauterbach 27 aktive Beratungsfälle, davon betreffen 19 Familien und 8 alleinstehende Personen.

Insgesamt werden derzeit allein in Lauterbach 108 Personen aus Syrien, der Ukraine, Afghanistan, Guinea, Kosovo, Nigeria, Palästina, Eritrea und Äthiopien betreut. Weiter ging Melissa Otte auf die Grundsätze ihrer Arbeit ein und erläuterte diese. Wesentliche Punkte sind die Hilfe zur Selbsthilfe, die Orientierung am Bedarf sowie die Freiwilligkeit und Vertraulichkeit. Sie teilte mit, dass die offene Sprechstunde in Lauterbach in der Regel am Donnerstag von 14:00 bis 15:00 Uhr stattfindet, dass sie jedoch oft auch länger je nach Bedarf in Lauterbach im Rathaus vor Ort ist. Zusätzliche Beratungsformen finden persönlich im Büro in Schramberg aber auch in den jeweiligen Unterkünften sowie begleitend per Telefon, Chat oder Mail statt. "Auch die Dokumentation, Besprechungen, Supervisionen, Projekte, Fortbildungen und die Netzwerkarbeit nehmen einem nicht unwesentlichen Teil meiner Arbeit ein", gab sie zu bedenken. Mit einer statistischen Erhebung ging sie auf die verschiedensten Themen der Sozialbetreuung ein. Als sehr wichtig bezeichnete sie die Netzwerkarbeit, die in Lauterbach u.a. mit dem „Netzwerk Willkommen“ aber auch der Gemeindeverwaltung, Schule und Kindergarten und weiteren Behörden intensiv stattfindet. "Ganz wichtig sind für mich die bedarfsorientierten Beratungen und der Abbau der Integrations-Barrieren", sagte sie und verwies darauf, dass Integration niemals einseitig stattfinden kann. Sonja Rajsp-Lauer bedankte sich für die tolle Arbeit der Flüchtlingsmanagerin. Sie verwies darauf, dass vor dieser Tätigkeit die Arbeit zu großen Teilen auf dem Ehrenamt gelastet ist. „Ich würde mir noch wünschen, dass sie noch öfter nach Lauterbach kommen und hier vor Ort sind“. Zudem regte sie einen Neubürger Empfang für alle Neubürger nicht nur für die Flüchtlinge an. Auf Anfrage von Stefan Weinmann bestätigte Melissa Otte, dass hinsichtlich der Bleibeperspektive keine Aussage gemacht werden kann. Dies hänge stark von den Herkunftsländern ab. Auf seine Anfrage bestätigte Melissa Otte, dass die Zusammenarbeit in Lauterbach mit den Institutionen vor Ort sehr gut läuft, da die Wege kurz sind. Britta Schondelmaier vom „Netzwerk Willkommen“ ging auf die Arbeit der Ehrenamtlichen ein. "Ganz schwierig sind die hohen bürokratischen Hürden für die Flüchtlinge", gab sie zu bedenken. Sie verwies auf das hohe ehrenamtliche Engagement in der Vergangenheit und bezeichnete dies als für die Flüchtlinge sehr wichtig. Dies bestätigte Melissa Otte ausdrücklich. Der Leiter des "Juks", Marcel Dreyer, gab zu bedenken, dass im Rahmen eines neuen Planungsrahmens ein neuer Vertrag zwischen den Gemeinden abzuschließen ist. Er teilte mit, dass die Stadt Schramberg zwischenzeitlich 2 Stellen als Festanstellungen eingerichtet hat. Zudem sei es möglich, dass eine weitere Halbtagesstelle im Bereich der Flüchtlinge aus der Ukraine voraussichtlich befristet bis Ende 2025 geschaffen werden kann. Auf Anfrage von Sabine King bestätigte Melissa Otte, dass ihr Arbeitsumfang für die Flüchtlinge, die in Lauterbach wohnen, bei ca. 40 % liegt. Johannes Geprägs sprach die Sprachbarrieren der Flüchtlinge an. "Dies ist vor allem im Bereich der ärztlichen Versorgung problematisch. Gerade im ärztlichen Bereich dürfen keine Übersetzungsfehler passieren, deshalb ist es für Ärzte umso wichtiger, dass verlässliche Übersetzer vorhanden sind“. Melissa Otte gab zu bedenken, dass es einen Pool von ehrenamtlichen Übersetzern gibt, die jedoch aufgrund der Vielzahl von Einsätzen nicht immer und in jedem Fall helfen können. Abschließend bedankte sich Bürgermeister Jürgen Leichtle für den umfassenden und interessanten Bericht hinsichtlich der Arbeit mit den Flüchtlingen.

## Rathaussplitter

Ausführlich ging Bürgermeister Jürgen Leichtle im Rahmen der Bekanntgaben auf das Genehmigungsverfahren für den Bau und den Betrieb einer weiteren Windenergieanlage am bestehenden Windpark Falkenhöhe ein. "Der Bau der Anlage soll Ende diesen Jahres beginnen. In den Entscheidungsprozess waren neben den betroffenen Gemeinden Hornberg, Lauterbach und Schramberg auch 21 weitere Träger öffentlicher Belange und sonstiger Stellen eingebunden", bemerkte er. Am 08.07.2021 habe in Hornberg ein öffentlicher Erörterungstermin stattgefunden, bei dem etwaige Einwendungen gemeinsam mit der Antragstellerin und den zuständigen Fachbehörden diskutiert wurden. Besonders relevant sei dabei die Nähe der Anlage zu Wohnhäusern im Außenbereich, was eine eingehende Prüfung der sogenannten optisch bedrängenden Wirkung erforderlich mache. Diese Prüfung habe zunächst zu einer ablehnenden Entscheidung geführt. "Während der Prüfung des Widerspruchs durch das Regierungspräsidium erfolgte jedoch eine Änderung des Baugesetzbuches sowie weiterer Gesetze. Diese Änderungen führten zur gesetzlichen Regulierung der Prüfkriterien für die optisch bedrängende Wirkung von Windenergieanlagen und sprechen der Windenergie ein überragendes öffentliches Interesse zu. Aufgrund dieser geänderten Rechtslage waren die gesetzlichen Vorgaben für die Genehmigung nunmehr erfüllt und diese wurde am 15.08.2023 erteilt. Er gab weiter zu bedenken, dass die 3 bestehenden Anlagen des Windparks Falkenhöhe bereits 2019 genehmigt worden sind und seit einiger Zeit in Betrieb sind. "Die nunmehr genehmigte Windenergieanlage vom Typ Vestas hat eine Gesamthöhe von 217 m und eine Nennleistung von 4,2 MW.

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte mit, dass die Gemeinde zwischenzeitlich einen Zuschussbescheid aus Mitteln des Ausgleichstocks für die Sanierung der Pfarrer-Sieger-Straße erhalten hat. Dieser belaufe sich auf 250.000 EUR, beantragt worden sei allerdings die hohe Summe von 550.000 EUR.

"Für den Kanalneubau und die Sanierung, ebenfalls im Bereich Pfarrer-Sieger-Straße, haben wir bekanntlich bei der 1. Antragstellung eine Ablehnung erhalten. Fristgemäß und in Abstimmung mit dem Landratsamt wurde jetzt ein Wiederholungsantrag gestellt". Bei Kosten von 1.070.000 EUR belaufe sich der Zuschussantrag auf 699.800 EUR, dies entspreche dem maximalen Zuschuss von 65,4 %.

Weiterhin habe die Gemeinde für Kanalsanierungen einen Zuschussantrag für einen 2. Abschnitt gestellt, der ursprünglich abgelehnt worden ist. Kürzlich konnte der Antrag jedoch ohne Wiederholungsantrag mit Restmitteln des Regierungspräsidiums bewilligt werden. Bei zuwendungsfähigen Ausgaben von 250.000 EUR erhält die Gemeinde einen Zuschuss von 130.000 EUR. Das Ingenieurbüro Gfrörer ist mit der Erarbeitung der Ausschreibung beauftragt, sodass anschließend eine Vergabe erfolgen kann.

Sehr erfreulich sei auch, dass nach intensiven Bemühungen der Gemeindeverwaltung beim Landratsamt und Regierungspräsidium für ein Bauvorhaben im Außenbereich im Entwicklungsprogramm ländlicher Raum, sogar unterjährig, ein Zuschuss in Höhe von 25.000 EUR bewilligt werden konnte.

Zudem ging Hauptamtsleiter Andreas Kaupp auf verschiedene Geschwindigkeitsmessungen durch den Landkreis ein. Bereits am 30. Mai fand in der Hornberger Straße auf Höhe des Gebäudes 77 eine Messung mit 21 Beanstandungen bei 349 gemessenen Fahrzeugen (6,02 %) statt. Die Höchstgeschwindigkeit lag bei 70 km/h. Eine weitere Messung an gleicher Stelle ergab bei 744 gemessenen Fahrzeugen lediglich 11 Beanstandungen (1,48 %). Der schnellste Fahrzeuglenker war mit 71 km/h unterwegs. Zudem wurde erneut im Bereich des Kindergartens in der Albert-Gold-Straße gemessen. Hier ergaben sich bei 251 Fahrzeugen 12 Beanstandungen (4,78 %), die Höchstgeschwindigkeit lag bei 56 km/h.

Leider massiv ins Stocken geraten ist der Bebauungsplan in "Hölzleshof II". Grund hierfür ist ein Urteil des europäischen Gerichtshofes. Danach sind Verfahren nach § 13 b Baugesetzbuch im sogenannten beschleunigten Verfahren nicht mehr zulässig. Insbesondere geht es darum, dass in den bisherigen Verfahren keine Umweltprüfung verlangt wurde. Dies ist nicht EU-konform. Die Urteilsbegründung liegt erst seit kurzem vor, deshalb kann noch nicht gesagt werden wie sie sich dies auf die laufenden Verfahren auswirkt. In jedem Fall verzögert sich die Fertigstellung des Bebauungsplans Hölzleshof II deutlich.

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte mit, dass ursprünglich geplant war, die endgültige Planung für einen weiteren Bauabschnitt im Bereich des Friedhofes im Gemeinderat vorzustellen. Aufgrund Personalmangel konnte das beauftragte Vermessungsbüro seine Arbeiten erst nach der Sommerpause durchführen, sodass die Beratung im Gemeinderat erst in der Sitzung im Oktober bzw. November erfolgen kann. Weiter verwies er auf einen Termin des Ausschusses für Verwaltung, Vereine, Familie und Soziales am Freitag, 13.10.2023 um 19:30 Uhr. Die Ausschusssitzung findet im Rahmen der Vereinsvorständebesprechung statt.

Im Rahmen der Bürgerfragestunde bat Helga Sewdas sich für die Abschaltung der Blinklichter bei den Windkraftanlagen einzusetzen. Dies sagte Bürgermeister Jürgen Leichtle zu. Eine weitere Anfrage von Helga Sewdas, betraf die durchschnittlichen Anschlusskosten bei der Wasserversorgung im Sulzbachtal. Hierzu teilte Hauptamtsleiter Andreas Kaupp einen Durchschnittssatz mit, gab jedoch auch zu bedenken, dass dieser je nach den örtlichen Verhältnissen stark variieren kann. Eine weitere Frage betraf die Versorgungssicherheit im Bereich der Wasserversorgung. Sie ist bedingt durch die starken Quellen in Lauterbach absolut ausreichend. Trotzdem gilt es, die Situation bedingt durch den Klimawandel und Trockenheiten im Auge zu behalten und auch überörtliche Lösungen nicht aus den Augen zu verlieren.

Der einzigen vorliegenden Bausache konnte der Gemeinderat zustimmen. Beim Gebäude Hauptstraße 23/27 ist ein Umbau vorgesehen, zudem ist ein kleiner Anbau geplant. Im Gebäude sollen außerdem Garagen untergebracht werden.

Im Rahmen der weiteren Bürgerfragestunde erkundigte sich Siegfried King nach der weiteren Vorgehensweise hinsichtlich eines möglichen Dorfladens. Bürgermeister Jürgen Leichtle verwies hier auf die Beschlüsse des Ausschusses für Umwelt und Technik, nach denen Architekt Jürgen Bihlmaier beauftragt worden ist, das entsprechende Baugesuch zu fertigen und die Ausschreibung vorzubereiten. In diesem Zusammenhang baten Johannes Geprägs und Rolf Buchholz aufgrund zahlreicher Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürger die Thematik in einer Bürgerversammlung

vorzustellen und zu beraten. Der Beschluss, ob eine Bürgerversammlung stattfinden soll oder nicht wird in der nächsten Gemeinderatssitzung gefasst.

Rolf Buchholz regte an, dass Nachrufe verstorbener Mitglieder des Gemeinderates weiterhin zu Beginn einer Gemeinderatssitzung stattfinden können.

Erich Fehrenbacher regte an, im Amtsblatt regelmäßig die Defibrillatorstellplätze in Lauterbach zu veröffentlichen, damit im Notfall die Bürgerinnen und Bürger hierauf zurückgreifen können.

Zum abgelehnten wasserrechtlichen Gesuch im Bereich Mooswald bat Erich Fehrenbacher, dass die Verantwortlichen des Umweltamtes bzw. der Naturschutzbehörde in eine Gemeinderatssitzung eingeladen werden. Dies sagte Bürgermeister Jürgen Leichtle zu. Bernd Degner regte an, die Verantwortlichen nochmals hinsichtlich eines festen Hubschrauberlandeplatzes anzuschreiben. Insbesondere da bei Einsätzen immer der Eindruck entstehe, dass ein Landeplatz zuerst immer gesucht wird.

Zudem bat Bernd Degner, entlang des Wanderweges zwischen dem Bereich Friedhof und der Stemmer-Kapelle wieder die eine oder andere Ruhebänke aufzustellen.

## **Gemeinderat vergibt Neubau einer öffentlichen Wasserleitung im Sulzbachtal - Günstigste Anbieterin ist die Firma Huber aus Gengenbach mit 1.336.445 EUR - Finanzierung erfolgt mit hohen Zuschüssen sowie Beiträgen der Anlieger**

Im Rahmen der Gemeinderatssitzung ging Diplom-Ingenieur Klaus Dezember vom Ingenieurbüro Eppler auf die Ausschreibung der Erweiterung der Wasserversorgung im Sulzbachtal ein. "Sehr erfreulich war, dass insgesamt 7 Angebote eingegangen sind". Er erläuterte die Ausschreibung und stellte fest, dass die Firma Huber aus Gengenbach mit einer Angebotssumme von 1.336.445 EUR unter Berücksichtigung von 2 Nebenangeboten günstigste Anbieterin war. Im Idealfall könne die beauftragte Firma bereits Ende Oktober mit der Baumaßnahme beginnen.

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp ging zunächst auf die geplante Finanzierung nach dem Haushaltsplan ein. Dort ist die Maßnahme mit dem bewilligten Zuschuss sowie den Kostenersätzen für die Hausanschlusskosten und die Anschlussbeiträge finanziert. Er gab zu bedenken, dass zum günstigsten Angebot noch die Ingenieurkosten kommen, die sich auf ca. 12-15 % belaufen, sodass sich gegenüber der ursprünglichen Finanzierung noch eine Deckungslücke ergibt. Er teilte mit, dass für die Mehrkosten ein Zuschusserhöhungsantrag gestellt worden ist, sodass die Gemeinde hoffen kann, dass für die Gesamtmaßnahme, also auch für die erhöhten Kosten, der Zuschusssatz von 79,6 % berücksichtigt werden kann.

Zudem ging er auf die Wünsche von weiteren Gebäudeeigentümern im Sulzbachtal ein. Nach der Zuschussbeantragung seien noch Bürgerinnen und Bürger aus den Bereichen Bruckhof, Doldenhof und Winterbauernhof auf die Gemeinde zu gekommen mit der Bitte, den dortigen Bereich auch anzuschließen. "Hierzu hat das Regierungspräsidium Freiburg jetzt mitgeteilt, dass bei einer solchen weiteren Maßnahme mit Begründung und Kostenschätzung ein Zusatzantrag zu stellen ist. Ob diese Bereiche noch in die

laufende Baumaßnahme integriert werden können, hängt von einer eventuellen Bezuschussung ab und ist nicht sicher.

Ebenfalls wies er auf verschiedene Teilbefreiungsanträge vom Anschluss- und Benutzungszwang hin. Hier befindet sich die Verwaltung noch in der Klärungsphase mit der Geschäftsstelle des Gemeindetages und in der Abstimmung mit der Handhabung bei den Umlandgemeinden.

Auf Anfrage von Erich Fehrenbacher teilte Klaus Dezember mit, dass im Leistungsverzeichnis die Position für gegebenenfalls erhöhte Entsorgungskosten enthalten ist. Die gesamte lange Strecke vorab zu untersuchen hielt Klaus Dezember bei Kosten von sicherlich 40.000 bis 50.000 EUR für nicht praktikabel. Auf Anfrage von Stefan Weinmann bestätigte er, dass fast die gesamte Baumaßnahme straßenverkehrstechnisch mit halbseitigen Sperrungen ausgekommen kann. Bei einzelnen Zufahrten zu einzelnen Häusern gäbe es dann in Absprache mit dem Grundstückseigentümer sicherlich im einen oder anderen Fall eine Vollsperrung. Auf Anfrage von Martin King teilte Klaus Dezember mit, dass für jedes einzelne Gebäude aufgrund der Hausanschlüsse einzelne Abrechnungen durch die Baufirma vorgenommen werden. Rolf Buchholz erkundigte sich nach dem vollständigen Umfang der Maßnahme, den Klaus Dezember anhand des vorliegenden Lageplanes erläuterte. Er gab zu bedenken, dass sofern später weitere Gebäude angeschlossen werden können, dies gegebenenfalls nur mit Druckerhöhungsanlagen möglich ist, da dann Druckverhältnisse nicht mehr ausreichen. Auf Anfrage von Erich Fehrenbacher bestätigte er, dass für das Baufeld im Bereich der Kreisstraße lediglich in einer Breite von maximal 1,10 m benötigt wird. Stefan Weinmann regte an, da die Wasserleitung bis nahe an die Gemarkungsgrenze zu Schiltach geführt wird. überregionale Planungen im Blick zu behalten. Auf Anfrage von Martin King bestätigte Klaus Dezember, dass hinsichtlich der Verlegung von weiteren Versorgungsleitungen, insbesondere Telekom und Netze BW Absprachen stattfinden werden. Klaus Dezember teilte zudem mit, dass die Bauleitung das Büro Daniel Möslang aus Schenkenzell übernehmen wird. Abschließend erteilte der Gemeinderat den Auftrag für den Ausbau der Wasserversorgung mit den Hausanschlüssen an die Firma Huber, Gengenbach, zum Gesamtpreis von 1.336.445 EUR. Die Finanzierung erfolgt mit dem Zuschuss, den Kostenersätzen für die Hausanschlussleitungen und den Beiträgen der Anschlussnehmer sowie, sofern eine Deckungslücke entsteht, mit Mitteln, die im Haushaltsplan 2024 eingestellt werden.